

Antrag

Fraktion der SPD;

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Fraktion der SPDBeratungsfolge:

02.04.2014 BVV

BVV/ 022/VII

Betreff: Verkehrssicherheit an der Tram- und Bus-Haltestelle S+U-Bhf Pankow herstellen**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Verkehrssicherheit an der Tram- und Bus-Haltestelle S+U-Bhf Pankow (Richtung Norden) herzustellen.

Berlin, den 25.03.2014

Einreicher: Fraktion der SPD
gez. BV Gregor Kijora

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis: beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogenAbstimmungsverhalten: EINSTIMMIG
 MEHRHEITLICH
 JA
 NEIN
 ENTHALTUNGEN

federführend

 überwiesen in den Ausschuss für
zusätzlich in den Ausschuss für
und in den Ausschuss für

Begründung:

Die Tram- und Bus-Haltestelle (Richtung Norden) am S- und U-Bahnhof Pankow ist zu den Hauptverkehrszeiten, besonders am Nachmittag und Abend, regelmäßig überfüllt. Gleichzeitig queren viele Fahrgäste die Straße direkt am Ausgang des Bahnhofs (Berliner Straße), zwischen den Trams, Bussen und dem Autoverkehr und nutzen nicht die Übergänge mit Lichtsignalen. Die aktuelle Situation ist besonders für Fußgänger gefährlich. Zuletzt hat sich dort am 18.02.2014 ein schwerer Unfall ereignet. In der Antwort auf eine diesbezügliche kleine Anfrage (0534/VII) erkennt das Bezirksamt zwar das Problem, sieht aber aus eigenem Ermessen keine Notwendigkeit zur Handlung. Vielmehr wird durch das BA auf die Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses VII E- 2/ 2008 und das Unverständnis der Nichtnutzung der signalisierten Übergänge verwiesen.

Da die Umsetzung dieser planfestgestellten Baumaßnahme offensichtlich nicht zur Herstellung der Verkehrssicherheit, besonders für die Fahrgäste, geführt hat, ist hier ein deutlicher Nachbesserungsbedarf zu erkennen.

Dabei ist besonders die Querung zwischen den Signalanlagen ein Hauptgefahrenpunkt, welcher sich durch die Lage des Ausgangs des S+U-Bhfs in der direkten Mitte zwischen den Signalanlagen und einer hinderungsfreien Querungsmöglichkeit der Straße ergibt.

Der bisherige Verweis des Bezirksamtes, dass die Fahrgäste eigentlich die signalisierten Übergänge zur, durch den umgesetzten Planfeststellungsbeschluss VII E- 2/ 2008, geschaffenen Haltestelleninsel nutzen sollen, ist kein konstruktiver Lösungsansatz für das existierende Problem.